



Dr. Edgar Franke

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

07. Juni 2024

07. Juni 2024

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729
edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Gesundheitspolitik

Aus Wahlkreis und Heimat

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser,

der Deutsche Bundestag hat sich am Mittwoch zu einer Trauerminute im Gedenken an den getöteten Polizisten Rouven L. erhoben (das Bild unten zeigt die voll besetzte Regierungsbank). Der erst 29 Jahre alte Beamte war am 31. Mai in Mannheim in Folge eines Messerangriffs gestorben. Ein 25-jähriger Islamist zückte auf dem Marktplatz bei einer Veranstaltung der islamkritischen Bewegung Pax Europa (BPE) ein Messer und verletzte sechs Männer, darunter den Polizisten, der zwei Tage später seinen Verletzungen erlag. In ihrer Ansprache sagte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, dass Rouven L. starb, weil er bei einer politischen Veranstaltung ein wichtiges Grundrecht unserer Demokratie verteidigte: Die Meinungsfreiheit.



Es ist umso erschütternder zu beobachten, wie die politisch motivierte Kriminalität gegen Andersdenkende zunimmt und damit auch die Gefährdung von Polizei und Ordnungskräften. Seit Jahren schon sind auch Kommunalpolitiker Anfeindungen ausgesetzt. Der Kasseler



Regierungspräsident Walter Lübcke wurde 2019 von einem Rechtsextremisten auf der Terrasse seines Hauses erschossen. Hier haben wir am Sonntag – am 5. Todestag von Walter Lübcke – mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier dem Ermordeten in Kassel gedacht.

Der aufgeheizte, von politischen Extremisten angefachte Diskurs ist eine Ursache für zunehmende Gewalt gegen Politiker. Dies alles dürfen wir nicht mehr stillschweigend in Kauf nehmen, weil die Angriffe auf Politiker auch ein Angriff auf die Demokratie sind.

Euer und Ihr



Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Regierungserklärung zur aktuellen Sicherheitslage

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat am Donnerstag im Bundestag eine Regierungserklärung zur aktuellen Sicherheitslage in Deutschland abgegeben.



Krieg, Klimawandel, Extremismus: Deutschlands Sicherheitslage ist mehrfach gefährdet. Bundeskanzler Olaf Scholz verteidigte seine Ukraine-Entscheidung und befürwortete Abschiebungen auch nach Afghanistan und Syrien. Scholz forderte, dass schwerstkriminelle Ausländer abgeschoben werden müssten. Das Sicherheitsinteresse Deutschlands wiege in solchen Fällen schwerer als das Schutzinteresse des Täters.

Schwerstkriminelle und terroristische Gefährder hätten hierzulande nichts verloren. Man werde auch nicht länger dulden, dass terroristische Straftaten verherrlicht und gefeiert werden, betonte der Kanzler. Er kündigte an, die Ausweisungsregelungen so zu verschärfen, dass aus der Billigung terroristischer Straftaten ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse folgt. "Wer Terrorismus verherrlicht, wendet sich gegen alle unsere Werte - und gehört auch abgeschoben", sagte Scholz.

Zugleich warnte er davor, die 20 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte unter Generalverdacht zu stellen. Wer Verbrechen wie das in Mannheim dazu missbrauche, der legt die Lunte an unseren Zusammenhalt.

Bundeskanzler Olaf Scholz:

"Jede und jeder muss in unserem Land ohne Furcht vor seinen Mitmenschen leben können. Das ist das zentrale Versprechen unseres Rechtsstaats. Und dieses Versprechen setzen wir mit aller Macht durch."

Wie erwartet ging Scholz auch auf den deutschen Kurswechsel beim Einsatz deutscher Waffen durch die Ukraine ein. Russland habe eine neue Front gegen die ukrainische Millionenstadt Charkiw aus Stellungen im direkt angrenzenden russischen Grenzgebiet eröffnet. Gemeinsam mit den Partnern habe man bekräftigt, dass die Ukraine das völkerrechtlich verbrieftete Recht habe, sich gegen Angriffe auf ihr Territorium, ihre Städte und Bürger zu wehren. Deswegen kann die Ukraine auch die von Deutschland und den Verbündeten gelieferten Waffen einsetzen.



Bundeskabinett beschließt Rentenpaket II

Das Bundeskabinett hat nach langem Ringen das Rentenpaket II von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) auf den Weg gebracht. Mit der Reform soll das Rentenniveau mindestens bis 2039 bei 48 Prozent gehalten werden.

Herzstück des Pakets ist die Sicherung des Rentenniveaus langfristig bei mindestens 48 Prozent. Das macht für alle, die heute arbeiten, in der Zukunft einen echten Unterschied. Vereinfacht dargestellt, wird mit dem Rentenniveau ausgedrückt, wie sich die Renten im Verhältnis zu den Löhnen entwickeln. Es ist also ein statistischer

Wert, der das Verhältnis zwischen Löhnen und Altersbezügen angibt, genauer gesagt, das Verhältnis einer sogenannten Standardrente zum aktuellen Durchschnittsverdienst.

Sinkt es, werden die Rentnerinnen und Rentner von der Lohnentwicklung abgekoppelt. Sie werden im Verhältnis zur arbeitenden Bevölkerung ärmer. Nach geltendem Recht und ohne Rentenpaket II würde das Niveau schon bald unter 48 Prozent und längerfristig sogar unter 45 Prozent sinken. Und genau das wird mit dem Rentenpaket II verhindert.

Jede Rente sieht anders aus. Daher zum besseren Verständnis ein paar greifbare Beispiele:

- Eine Rente im Jahr 2040 von beispielsweise 1.500 Euro fällt um knapp 100 Euro, also gut 6 Prozent, höher aus als ohne das Rentenpaket II.
- Eine ausgebildete Krankenschwester aus Sachsen verdient rund 3.100 Euro pro Monat. Wenn diese heute 57 Jahre alt ist und im Jahr 2032 nach 45 Erwerbsjahren im Alter von 65 Jahren in Rente geht, würde ihre Rente dank des Rentenpakets statt rund 1.450 Euro rund 1.500 betragen. Das ist ein Plus von rund 600 Euro im Jahr. Wäre sie heute erst 49 Jahre alt und würde erst im Jahr 2040 nach 45 Erwerbsjahren im Alter von 65 Jahren in Rente gehen, wäre die Differenz mit rund 1.100 Euro bzw. 6,3 Prozent im Jahr sogar noch höher.



Gesundheitspolitik

Diskussionsabend zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

Zu den Reformen im Gesundheitswesen und ihren Auswirkungen auf die gesundheitliche Versorgung auf dem Land hatte das Evangelische Forum Schwalm-Eder zu einer Diskussionsveranstaltung in Gudensberg eingeladen. Über einhundert Interessierte kamen ins Bürgerhaus Gudensberg, darunter viele Apotheker.

Moderator Pfarrer Dierk Glitzenhirn begrüßte zunächst Thomas Müller, Leiter der Abteilung Arzneimittel, Medizinprodukte, Biotechnologie im Bundesministerium für Gesundheit (BMG) sowie Edgar Franke, örtlicher Abgeordneter und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister.

Die ländlichen Regionen seien vom Strukturwandel betroffen und nicht nur der Einzelhandel

verändere sich, sagte Müller. Auch die Verteilung von Arztpraxen und Krankenhäusern ändere sich, was sich letztendlich auch auf die Apotheken auswirke.



Von rechts: Moderator Dierk Glitzenhirn, Prof. Dr. Edgar Franke (MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister), Referent Thomas Müller (Abteilungsleiter im Bundesgesundheitsministerium) und Gudensbergs Bürgermeisterin Sina Massow.





„Schließungen auf dem Land sind seltener, aber deren Auswirkung umso größer“, meinte Müller. Die geplante Apothekenreform sieht mehr Flexibilität vor, bei der auch die Digitalisierung vermehrt zum Einsatz kommt. Abgesenkte Mindestgeschäftszeiten seien vorgesehen, der Ausbau der Telepharmazie sowie die Möglichkeit, eine Apotheke geöffnet zu halten, auch wenn lediglich eine erfahrene PTA vor Ort ist. Das waren einige Beispiele, um die Versorgung zu stabilisieren.

„In die Apotheke gehört ein Apotheker“, war eine Äußerung aus dem Apothekerpublikum, die mit Applaus bedacht wurde. Die Versandapotheken, Lieferengpässe bei Arzneimitteln, die technischen Probleme mit dem E-Rezept und eine angeblich nicht ausreichende Bezahlung mancher Apothekenleistungen durch die Krankenkassen gehörten ebenfalls zu den Kritikpunkten aus dem Publikum.

Beim zweiten großen Thema ging es um die Krankenhausreform. So soll unter anderem das System der Fallpauschalen stark verändert und durch eine Vorhaltevergütung zum Teil ersetzt werden, so Staatssekretär Franke. Ein unabhängiger Klinikatlas werde die Leistungstransparenz verbessern. „Wir brauchen ein gemischtes System, das sowohl bedarfsnotwendig, aber auch ökonomisch ausgerichtet ist“, lenkte er den Blick auf die angespannte Finanzlage.

Im Blick auf die Landarztpraxen wurde der Vorschlag geschildert, sie künftig zu entbudgetieren. Dabei sollten Vorsorge- und Vorhaltepauschale gezahlt werden. „Es gibt zu wenig Studienplätze für Ärzte“, stellte ein Teilnehmer klar. „Universitäten sind Ländersache“, so Franke. Der Versuch, 5.000 zusätzliche Plätze durch den Bund zu schaffen, sei am Veto des Finanzministeriums gescheitert, da hierfür ausschließlich die Länder zuständig seien. An drei Beratungstresen konnten im Bürgerhaus im Anschluss noch individuelle Probleme mit den Mitarbeitern des MdB im Detail besprochen werden.





Diskussion in Frankfurt zur Finanzierung der Krankenhäuser angesichts knapper Kassen:

"Ohne Moos nix los? Welche finanziellen Ressourcen braucht es für die Transformation des Krankenhausmarktes" – so lautete das Thema des 6. After Work Talk des VDPK Hessen (Landesverband der Privatkliniken in Hessen e.V.)



Auf dem Bild von links: Dr. Edgar Franke, Dr. Christian Höftberger (Präsident der Hessischen Krankenhausgesellschaft HKG), Hessische Staatssekretärin Dr. Sonja Optendrenk (Hessisches Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege), Martin Till (Landesgeschäftsführer der Barmer in Hessen), Aquedita Afemann (VdPK) und Georg M. Freund (VdPK).



In Gudensberg traf sich Edgar Franke mit 20 engagierten Vertretern aus unterschiedlichen Bereichen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Hessen zu Gesprächen.

Diskutiert wurde vor allem die Instrumente der Qualitätssicherung in der Pflege und die Perspektiven der Pflege angesichts immer höherer bürokratischer Anforderungen und der finanziell nicht einfachen Rahmenbedingungen.



Die Krankenhaustour geht weiter

Letztes Wochenende hat Edgar Franke zusammen mit dem niedersächsischen Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, Dr. Andreas Philippi, zwei Krankenhäuser besucht: Die Universitätsmedizin Göttingen (UMG) und das Ev. Krankenhaus Göttingen-Weende (EKW).



Themen waren zum einen die Rolle der Universitätsmedizin im Rahmen der Krankenhausreform und die engere Zusammenarbeit zwischen dem Uniklinikum und dem EKW. In diesem Zusammenhang wurde ein „letter of intent“ von Prof. Trümper vom UMG und Vertretern des EKW unterschrieben.

Vier ehemalige Nordhessen haben an dem Treffen teilgenommen: Der Minister stammt aus Bad Zwesten, der Vorsitzende des Aufsichtsrats des EKW, Hans-Jörg Schnitzerling, aus Besse, Irmtraut Gürkan, Stiftungsrätin der UMG und Mitglied der Regierungskommission, stammt ursprünglich aus Schwalmstadt und Edgar Franke wurde ja bekanntlich in Gudensberg geboren.





Aus Wahlkreis und Heimat

SPD-Parteitag im Unterbezirk Waldeck-Frankenberg im Philipp-Soldan-Forum in der Stadt Frankenberg.

Edgar Franke hat in seinem Grußwort betont, dass die großen gesellschaftlichen Herausforderungen nur dann bewältigt werden können, wenn auch in 2025 weiter in die Zukunft investiert werden kann. Der Politik müssen Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet werden, um nicht den Rattenfängern von rechts das Feld zu überlassen. Als neuer Vorsitzender ist

Latif Hamamiyeh Al-Homssi gewählt worden (Bild unten rechts). Er folgt auf die Landtagsvizepräsidentin und heimische Abgeordnete Dr. Daniela Sommer (unten).





Dialogtour 2024 der SPD-Bundestagsfraktion

Sprechstunde einmal anders: Die Dialogtour 2024 der SPD-Bundestagsfraktion machte auch zweimal Halt im Schwalm-Eder-Kreis. In Ziegenhain auf dem Paradeplatz stand Edgar Franke den Bürgerinnen und Bürgern am Morgen Rede und Antwort.



Schwalmstadts Bürgermeister Tobias Kreuther und der Willingshausener Bürgermeister Luca Fritsch ließen es sich nicht nehmen, den Stand zu besuchen.

Tolle Unterstützung bekam ich von der Ortsvereinsvorsitzenden und stellvertretenden **Kandidatin für die Europawahl, Adriana Reitz**. Auch

In Borken (Hessen) ging es nachmittags weiter. Eine Kaffeetafel mit zahlreichen selbstge-



backenen Leckereien fuhr der zahlreich vertretene Stadtverband auf.

Vorsitzende Sonja Lehmann hatte alles vortrefflich organisiert.





Bilder der Woche

Informationsbesuch im Wahlkreis bei der Gärtnerei Bauer in Borken (Hessen). Inhaber der Firma **Gärtnerei & Floristik Bauer** ist Reinhold Bauer (2. von links).

Bei der Gärtnerei handelt es sich um einen familiengeführten Gartenbau-Betrieb in der 3. Generation. Der Schwerpunkt liegt in der Produktion von Gemüsejungpflanzen, Zierpflanzenbau und der regionalen Vermarktung in einem sehr geschmackvoll gestalteten Verkaufsladen.



Bild rechts: Bei einem guten Schoppen auf dem Tegeler See mit **Seeheimer Sprecher Uwe Schmidt**.

Spargelfahrt auf dem Tegeler See – Schon seit 1961 lädt der Seeheimer Kreis der SPD jährlich zur Spargelfahrt ein.

In angenehmer Atmosphäre traf Edgar Franke einen gut aufgelegten **Bundeskanzler Olaf Scholz**.





Die bekannteste der internen Runden des Seeheimer Kreises ist der Seeheimer Mittagstisch, der traditionell jeden Dienstag in der Sitzungswoche um 13.30 Uhr stattfindet.

Beim dieswöchigen Mittagstisch des Seeheimer Kreises in den Räumen der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft, deren Vizepräsident Edgar Franke ist, sprach

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach.



Minister Prof. Dr. Karl Lauterbach hat über die Reformprojekte des Bundesministeriums für Gesundheit berichtet. Moderiert hat den Mittagstisch die **Parlamentarische Geschäftsführerin Gabriele Katzmarek.**



Edgar Franke mal gemeinsam mit seinem Minister Karl Lauterbach auf der Regierungsbank, während der Generaldebatte am Donnerstag.

Parlamentarischer Staatssekretär Edgar Franke beim Berichterstattegespräch mit dem Petitionsausschuss zum Thema Jugendschutz bei Alkohol und Cannabis.





Beim **Rundgang auf dem Hessentag 2024** in Fritzlar:

Edgar Franke im Bild von links mit dem Landrat des Schwalm-Eder-Kreises, Winfried Becker, mit dem Landtagsabgeordneten Günter Rudolph, mit SPD-Kreisvorsitzendem und neuem stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Philipp Rottwilm und dem Ersten Kreisbeigeordneten Jürgen Kaufmann.



Philipp Rottwilm war auch bei der Seeheimer Spargelfahrt dabei.

Ein Selfie mit einer hinter dem Tegeler See untergehenden Sonne mit MdB Esther Dilcher.



Edgar Franke im Strandkorb zusammen mit dem niedersächsischen Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, **Dr. Andreas Philippi**.

IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurzgehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Thomas Köhler/photothek.net sowie ein Screenshot vom Parlamentsfernsehen auf www.bundestag.de, Seite 3 photothek.net/Köhler & Imo, Seite 4 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 5 und 6 Ulrich Köster, Seite 7 oben Ralf Werner (VdPK), unten Edgar Franke, Seite 8 bis 15 Edgar Franke, Seite 14 unten Philipp Rottwilm.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.